



Brücken zu den Bürgern

Beiräte im LWL-Maßregelvollzug



3	Vorwort	12	Ein Ort der Ausgestaltung Die Mitglieder eines Beirats
4	Beiräte – Gremien des Ausgleichs Maßregelvollzug und Bürgerbeteiligung	13	Vom Konflikt zum Dialog Der Planungsbeirat – am Beispiel Dortmund
6	„Meine Angst ist weg“ Erfahrungen aus Herne	14	„Wichtiger Garant für die Akzeptanz“ Erfahrungen aus Lippstadt
7	„Beirat hat den Blick auf Forensik geweitet“ Erfahrungen aus Dortmund	15	„Beiräte leisten unverzichtbaren Beitrag“ Erfahrungen aus Marsberg
8	Ein Forum der Diskussion Die Beiräte und ihre Aufgaben	16	„Ein Ort der kritischen Diskussion“ Ein Beiratsmitglied im Gespräch
10	„Jederzeit über Klinik informiert“ Erfahrungen aus Rheine	19	Impressum
11	„Entwicklung kritisch begleitet“ Erfahrungen aus Stemwede		

Zur besseren Lesbarkeit verzichten wir im Folgenden auf die weibliche Form. Gemeint sind in der Regel jedoch Frauen und Männer gleichermaßen.

Titelblatt Fotos: Besucherandrang bei Nachbarschaftstag der Wilfried-Rasch-Klinik in Dortmund im Januar 2006 (oben), Beiratsmitglieder besuchen die LWL-Maßregelvollzugsklinik Rheine (v.l.), Diskussion beim Planungsbeirat Lünen, Einblick in die Maßregelvollzugsklinik Herne

Matthias Löb (links)

LWL-Direktor

Tilmann Hollweg

LWL-Maßregelvollzugsdezernent



Für einen offenen Dialog mit den Bürgern

In der Öffentlichkeit ist wenig über die therapeutische Arbeit in forensischen Psychiatrien bekannt. Oftmals dominieren Berichte über schwere Straftaten psychisch kranker oder suchtkranker Rechtsbrecher die öffentliche Meinung über Maßregelvollzugskliniken. Besonders in Städten und Gemeinden, an denen neue forensische Psychiatrien entstehen sollen – wie aktuell in Westfalen in Lünen, Hörstel und Haltern, sorgt das Thema für Unsicherheit in der Bevölkerung. Die Aussicht, dass psychisch kranke oder suchtkranke Straftäter in der Nachbarschaft untergebracht und behandelt werden sollen, lässt die Menschen verständlicherweise viele Fragen stellen – vor allem zur Sicherheit ihrer Familien. Der Landschaftsverband Westfalen Lippe (LWL), erfahrener Träger forensischer Kliniken, nimmt die Bedenken der Menschen ernst. Deshalb ist es uns ein Anliegen, umfassend zu informieren und aufzuklären. Akzeptanz für den Maßregelvollzug kann sich nur entwickeln, wenn das, was in den Kliniken passiert, nach außen hin sichtbar gemacht wird. Das Wichtigste dabei ist ein offener Dialog mit den Bürgern.

Daher gibt es an allen Kliniken heute Beiräte. Sie sind als Mittler zwischen Klinik, Träger und Landesregierung auf der einen Seite und der Bevölkerung auf der anderen Seite unverzichtbar. Sie sind Auge, Ohr und Stimme der Öffentlichkeit, aber auch Berater der Klinikleitungen.

Diese Broschüre soll einen Überblick über die Arbeit der Beiräte geben; über ihre Aufgaben, Möglichkeiten der Mitgestaltung und rechtliche Grundlagen. Zudem wirft sie durch Beiträge von erfahrenen Mitgliedern einen persönlichen Blick auf die reale Beiratsarbeit. Diese kostet meist viel persönlichen Einsatz, vor allem, wenn neue Kliniken entstehen sollen. Aber sie bietet auch die Möglichkeit, den Kliniken, dem Träger sowie dem Land als Bauherrn Anregungen bei den Planungen zu geben und kritischer Gesprächspartner zu sein. Für dieses besondere ehrenamtliche Engagement wollen wir uns bei allen ehemaligen und aktiven Beiratsmitgliedern sowie bei denjenigen Menschen bedanken, die künftig in diesen unabhängigen Beratungsgremien ihren Beitrag zur aktiven Bürgerbeteiligung leisten werden.

Beiräte – Gremien des Ausgleichs

Der Maßregelvollzug steht unter ständiger Beobachtung. Medien registrieren aufmerksam jedes außergewöhnliche Vorkommnis, und die Öffentlichkeit fordert rasch strengere Auflagen und schärfere Gesetze. Vor allem Neuansiedlungen forensischer Kliniken werden durch Proteste von Bürgern begleitet. Zugleich ist in der Bevölkerung relativ wenig über die Einzelheiten der Sicherung und Behandlung psychisch kranker Straftäter bekannt. Die Abläufe in den Einrichtungen bleiben den meisten Menschen weitgehend verborgen und Behandlungserfolge so gut wie unbemerkt.

Deshalb ist es notwendig, Brücken zu bauen – zwischen den Kliniken und den Bürgern in ihrer Nachbarschaft. Nur auf diese Weise lassen sich die Sorgen und Interessen der Bevölkerung aufgreifen und zugleich Bedingungen für eine erfolgreiche Behandlung und gesellschaftliche Wiedereingliederung der Patienten schaffen. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL), der zurzeit sechs Maßregelvollzugskliniken in der Region betreibt, sucht auf vielen Wegen das Gespräch mit den Menschen. Bei Nachbarschaftstagen ermöglicht er die Besichtigung seiner Einrichtungen, bei Informationsveranstaltungen, Stadtteilstesten oder Schulbesuchen klären Mitarbeiter über Erkrankungen und Behandlungen auf, bei Bürgerversammlungen beantworten Klinikleitungen Fragen beispielsweise zu den Themen Behandlung und Sicherheit.

Allerdings kann sich der Maßregelvollzug nur bedingt der Allgemeinheit öffnen. Bei der Sicherheit dürfen keine Abstriche gemacht werden. Die Therapie lebt von einer Atmosphäre des Vertrauens. Und die Patienten haben einen Anspruch auf die Wahrung ihrer Persönlichkeitsrechte. Ein zentraler Baustein der Bürgerbeteiligung im Maßregelvollzug sind daher Beiräte. Dabei handelt es sich um Gremien, die kontinuierlich die Arbeit der forensischen Kliniken begleiten und dadurch Transparenz nach außen herstellen. Ehrenamtlich tätige Mitglieder aus verschiedenen Gruppen der Gesellschaft treffen sich regelmäßig zum Austausch mit Klinik und Träger. Ihre Aufgabe besteht darin, die Anliegen der Bevölkerung in der Nachbarschaft gegenüber den Einrichtungen zu artikulieren und zugleich in der Öffentlichkeit um Verständnis für die Arbeit der Klinik zu werben.

Der LWL als großer Träger von Maßregelvollzugseinrichtungen macht damit seit mehr als drei Jahrzehnten positive Erfahrungen. Erstmals entstand 1984 am LWL-Therapiezentrum für Forensische Psychiatrie in Marsberg ein Beirat. Die längste durchgängige Erfahrung hat der Beirat am LWL-Zentrum für Forensische Psychiatrie in Lippstadt, der sich 1985 gründete. Seit 1986 existiert auch ein Beirat an der LWL-Maßregelvollzugsklinik Schloss Haldem. Später kamen die Standorte Dortmund, Herne und Rheine hinzu. Auch dort



Beiratsarbeit ist vielseitig – von der Baubegleitung über Gespräche mit Patienten bis hin zum Austausch mit Anwohnern

begleiten Beiräte kritisch und konstruktiv die Einrichtungen. Die Mitglieder lassen sich über sämtliche Entwicklungen informieren, tragen Einwände vor und sind auch Ansprechpartner für Anliegen der Klinikleitungen. In Krisenfällen ist der Beirat nicht zuletzt ein Ort des Ausgleichs zwischen Klinik und Bevölkerung.

Weil sich die Klinikbeiräte in Westfalen-Lippe bewährt hatten, entschieden Landesregierung und Landtag 1999, Beiräte an jedem Standort in Nordrhein-Westfalen verbindlich per Gesetz

vorzuschreiben. Seither beschreitet das Land und mit ihm der LWL konsequent den Weg der Regionalisierung. Neue Kliniken sollen angesichts steigender Patientenzahlen die bestehenden Einrichtungen entlasten, die therapeutischen Möglichkeiten verbessern und somit die Sicherheit für die Bevölkerung erhöhen. Überall sind Planungsbeiräte am Ansiedlungsprozess beteiligt. Damit jeder in seiner Heimatregion die bestmögliche Versorgung erhält – und die Menschen wissen, dass sie zu Hause sicher leben können.

Martina Knaut

Martina Knaut ist Erzieherin in der Evangelischen Tageseinrichtung für Kinder „Nimmersatt“ in Herne. Von 2007 an vertrat sie die Kindertagesstätten der Nachbarschaft im Planungsbeirat. Nach Inbetriebnahme der forensischen Klinik wurde sie 2011 auch in den regulären Beirat gewählt.



„Meine Angst ist weg“

Als wir erfuhren, dass in Herne eine Klinik für den Maßregelvollzug entstehen soll, waren wir alle empört. Unser Ortsteil Bickern ist ein belebtes Viertel mit dichter Wohnbebauung. Das Grundstück lag nur wenige Hundert Meter von unserer Kindertageseinrichtung entfernt. Wir wollten keine Kriminellen in unserer Nähe haben und demonstrierten dagegen, weil wir einfach Angst hatten. Allerdings hatte ich vom Maßregelvollzug praktisch keine Ahnung. Deshalb habe ich mich auch schnell bereit erklärt, Mitglied im Beirat zu werden.

Ich wollte einfach mehr wissen. Und die Informationen konnte ich auf vielfältige Weise weitergeben – ob im Stadtteilbüro, beim Kanalfest, einer Großveranstaltung am Rhein-Herne-Kanal, oder im Gespräch mit Eltern in der Tageseinrichtung. Heute weiß ich, dass die Mitarbeiter in der Klinik hervorragende Arbeit leisten. Ich spreche auch nicht mehr von Kriminellen, sondern von Patienten, die Teil unserer Gesellschaft sind. Meine Angst ist weg. Und die Menschen in Bickern haben sich mit der Klinik arrangiert. Ich höre kaum noch Klagen.

Rainer Klein

Rainer Klein ist Diplom-Sozialpädagoge und leitet den Fachbereich Psychiatrie und Behindertenarbeit des Diakonischen Werks Dortmund und Lünen. Er gehörte seit 2001 dem Planungsbeirat und von 2006 bis 2014 dem Beirat der forensischen Wilfried-Rasch Klinik in Dortmund an.



„Beirat hat den Blick auf Forensik geweitet“

In unserer Gesellschaft leben mehr Menschen, die infolge einer psychischen Erkrankung straffällig geworden sind, außerhalb von hochgesicherten forensischen Kliniken als innerhalb. Denn zum Ende einer erfolgreichen Behandlung werden sie schrittweise in die Nachsorge entlassen. Auch in Dortmund gibt es in diesem Bereich viele Einrichtungen und Dienste. Ihre Mitarbeiter haben die Ansiedlung einer Klinik nicht als Bedrohung, sondern als Gewinn empfunden. Dadurch ergab sich die Möglichkeit, Strukturen und Prozesse neu zu ordnen und die Kooperation aller Beteiligten zu

vertiefen. Der Planungsbeirat hat diese Chance erkannt und schon früh eine entsprechende Arbeitsgruppe eingerichtet, aus der bald die Planungsgruppe Nachsorge entstand. Sie entwickelte bis zur Eröffnung der Klinik Anfang 2006 ein grundlegendes Konzept für die Nachsorge in Dortmund. Es ist dem Beirat zu verdanken, dass er damit den Blick der Öffentlichkeit auf Forensik geweitet hat. Zudem habe ich die Begegnungen mit den Beiratsmitgliedern auch als persönliche Bereicherung empfunden.

Ein Forum der Diskussion

Beiräte im Maßregelvollzug sollen ein Bindeglied zwischen Klinik und Öffentlichkeit sein. An zwei Stellen ist genauer beschrieben, was damit inhaltlich gemeint ist: Das Maßregelvollzugsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen schafft in Paragraf 4 die Grundlagen für die Bildung von Beiräten an allen Klinikstandorten, und der LWL hat die Regeln in einer eigenen Geschäftsordnung noch weiter ausgearbeitet.

Im Maßregelvollzugsgesetz sind im Einzelnen folgende Aufgaben der Beiräte benannt:

- die Beratung der Einrichtung in konzeptionellen und organisatorischen Fragen des Maßregelvollzugs,
- die Unterstützung der Leitung der Einrichtung,
- die Hilfe bei der Wiedereingliederung der Patientinnen und Patienten,
- die Förderung des Verständnisses und der Akzeptanz für die Aufgaben des Maßregelvollzugs in der Öffentlichkeit.

Darüber hinaus betrachtet die entsprechende Geschäftsordnung des LWL die Beiräte als Forum der Diskussion über allgemeine Fragen der inhaltlichen und organisatorischen Durchführung des Maßregelvollzugs sowie seiner rechtlichen und gesellschaftlichen Dimensionen.

Den Bürgergremien ist also ein weites Tätigkeitsfeld zugeordnet. Gegenstand der Beratungen können Therapie- und Nachsorgekonzepte genauso wie Sicherheitskonzepte sein, aber auch die Regelungen zu Unterbringung, Freizeitgestaltung, Beschäftigung, Ausgang oder fachärztlicher Behandlung der Patienten. Beiräte befassen sich mit Bauangelegenheiten und anderen Investitionsvorhaben, der Gewinnung, Qualifizierung und dem Einsatz von Personal, den finanziellen Rahmenbedingungen des Maßregelvollzugs, seiner rechtlichen Ausgestaltung und seinem gesellschaftlichen Stellenwert.

Zu diesem Zweck kommen sie normalerweise viermal im Jahr in „ihrer“ Klinik zusammen. Im Sinne einer vertraulichen Arbeitsatmosphäre sind die Sitzungen in der Regel nicht öffentlich, wenngleich es durchaus üblich ist, Gäste – zum Beispiel Referenten – hinzuzuziehen. Bei den Treffen berichtet die Klinikleitung über aktuelle Entwicklungen, Veränderungen der Patientenstruktur, therapeutische Vorhaben und

Zuhören und Erklären sind zentrale Aufgaben von Beiratsmitgliedern



gegebenenfalls über besondere Vorkommnisse. Immer wieder halten Fachleute Vorträge über einzelne Aspekte des Maßregelvollzugs, etwa bestimmte Krankheitsbilder, Therapieansätze oder juristische Fragen. Der Beirat hat die Möglichkeit, die Einrichtung zu besichtigen. Mitunter besuchen die Mitglieder auch andere Kliniken und tauschen sich mit deren Beiräten aus.

An Einzelfallentscheidungen, in Bezug auf die Patienten, ist der Beirat nicht beteiligt. Die Verantwortung für die Klinikorganisation sowie die allgemeine therapeutische Ausrichtung verbleibt beim Träger und der Klinikleitung. Die Beiratssitzungen sind aber ein wichtiger Prüfstein für Maßnahmen der Klinik. In diesem Kreis muss die Leitung ihre Arbeit für Laien nachvollziehbar erklären und möglicherweise überdenken, wenn diese nicht vermittelbar ist.

Darüber hinaus kann der Beirat zum Beispiel Pressekonferenzen einberufen, um seine Einschätzungen der Klinikentwicklung öffentlich darzustellen und dem LWL-Gesundheits- und Krankenhausausschuss Bericht erstatten.

Beiratsmitglieder sind vertraute Ansprechpartner für die Bevölkerung – ob sie nun an Bürgerversammlungen teilnehmen, sich an Informationsständen der Klinik beteiligen oder schlichtweg das Gesicht sind, das viele in ihrem privaten und beruflichen Umfeld mit der



Ein Beirat hat die Möglichkeit, eine Maßregelvollzugs-klinik zu besichtigen

Einrichtung verbinden. Menschen suchen den Kontakt zu Beiratsmitgliedern, wenn sie Neuigkeiten – und seien es nur Gerüchte – über die Klinik erfahren haben. Deshalb werden die Beiräte bei gravierenden Zwischenfällen wie längeren Entweichungen auch umgehend von Klinik und Träger informiert.

Günter Grabowski

Günter Grabowski ist Vorsitzender der Bürgerinitiative „Pro Rheine“. Er gehörte von 2002 an dem Planungsbeirat der dortigen LWL-Maßregelvollzugsklinik an und arbeitet seit 2007 im regulären Beirat mit.



„Jederzeit über Klinik informiert“

Die forensische Klinik in Rheine befindet sich in einer ehemaligen niederländischen Kaserne am Rande der Stadt. Ich habe diesen Standort nie für geeignet gehalten. Als früherer Soldat der Bundeswehr kannte ich die Anlage und wusste, dass sie sich schon in baulicher Hinsicht nicht so umgestalten lassen würde, um den wirtschaftlichen und therapeutischen Anforderungen zu genügen. Ihre Räume waren nie dafür ausgelegt, ein hoher personeller Aufwand war die zwangsläufige Folge. In der Bürgerinitiative sorgten sich auch viele Mitglieder vor Entweichungen bei Ausgängen

und einem Wertverlust ihrer Häuser. Deshalb habe ich mich ohne Zögern dafür entschieden, zunächst im Planungsbeirat und später im Beirat mitzuarbeiten. Ich habe das als Chance gesehen, jederzeit über alle Entwicklungen in der Klinik informiert zu sein und regelmäßigen Zugang zu allen Verantwortlichen zu haben. Zudem kann ich darauf achten, dass die Klinik das Sicherheitskonzept konsequent verfolgt. Auch wenn es nur eine Übergangslösung ist: Begeistert ist hier niemand von der Einrichtung. Aber inzwischen tolerieren die Bürger sie.

Gerd Rybak

Gerd Rybak ist Bürgermeister der Gemeinde Stemwede. Seit 2009 gehört er dem Beirat der LWL-Maßregelvollzugsklinik Haldem an. Er ist Vorsitzender des Gremiums.



„Entwicklung kritisch begleitet“

Das Schloss Haldem nimmt eine besondere Rolle unter den Maßregelvollzugskliniken in Westfalen-Lippe ein. Als Fachkrankenhaus für Suchterkrankungen trägt es eine große Verantwortung bei der Sicherung und Besserung alkohol-, tabletten- und drogenabhängiger Straftäter. Die Klinik wurde 1959 auf einem alten Rittergut eröffnet. Sie ist als Haldems größter Arbeitgeber fest im Dorf verwurzelt und pflegt einen engen Kontakt zu den Bürgern und Vereinen. Ihr Beirat gehörte 1986 zu den ersten seiner Art im Maßregelvollzug. Seither haben die Vertreter der Gemeinde die Entwicklung kritisch und konstruktiv begleitet.

Das gilt etwa für Herausforderungen wie die Anpassung des historischen Geländes an die modernen Ansprüche an Therapie und Sicherheit oder die Gewährleistung von Sicherheit in Zeiten knapper Ressourcen. Klinik, Träger, Beirat und Bevölkerung ist es Ende der 1990er-Jahre gelungen, das Land davon abzubringen, auch Straftäter mit anderen Erkrankungen in größerer Zahl hier unterzubringen. Gemeinsam haben wir die besondere Rolle von Schloss Haldem vertreten und zur Statuserhaltung beitragen können.

Ein Ort der Ausgestaltung



Die Beiratsmitglieder kommen regelmäßig zusammen, wie hier der Planungsbeirat Lünen

Einem Beirat gehören mindestens sieben und höchstens 24 Personen an. Die Geschäftsordnung des LWL empfiehlt eine Reihe von Repräsentanten: Vertreter der Gemeindeverwaltung, des Gemeinderates und des Kreises sowie der Polizei, der Handwerkskammer, der Industrie- und Handelskammer, der örtlichen Arbeitnehmervertretungen, der niedergelassenen Ärzteschaft, der Justiz, der Kirchen, der örtlichen Medien, der Wohlfahrtsverbände, der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaften und der unmittelbaren Nachbarschaft der Klinik. Nicht minder willkommen sind weitere Mitwirkende, zum Beispiel aus örtlichen Vereinen oder Bürgerinitiativen. Berufen werden die Beiratsmitglieder durch den Gesundheits- und Krankenhausausschuss des Landschaftsverbandes. Die Hälfte der Beiratsmitglieder kann zuvor der Rat der Standortgemeinde bestimmen. Die Berufung erfolgt für fünf Jahre und orientiert sich an den Kommunalwahlperioden, ist aber nicht auf die Dauer einer Amtszeit beschränkt.

Der Beirat ist ein unabhängiges Gremium, die Mitglieder nehmen ihre Aufgaben ehrenamtlich wahr. Sie verpflichten sich, mit der Klinikleitung vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Zudem ist der Beirat einer forensischen Klinik ein Ort, an dem sich Kritiker und Befürworter der Ausgestaltung des Maßregelvollzugs treffen und einen kontinuierlichen Dialog pflegen. Experten, zum Beispiel aus der örtlichen Klinik, vom Träger oder vom Land, beraten sie in Fachfragen.

Beiratsmitglieder sind Repräsentanten der gesellschaftlichen Gruppe, von der sie entsandt worden sind. Sie helfen der Klinik, indem sie ihre Lebenserfahrung, ihre Ortskenntnis und ihr Fachwissen einbringen. Durch ihre Kontakte in die unterschiedlichsten Lebensbereiche dienen sie in der Region als Multiplikatoren für die Anliegen von Klinik und Bevölkerung.

Vom Konflikt zum Dialog

Er ist zwar nicht gesetzlich verankert, aber mittlerweile ein hilfreiches Mitwirkungsforum, wenn eine neue Maßregelvollzugsklinik entstehen soll: der Planungsbeirat. Als eine Vorstufe zum regulären Beirat können sich darin Bürger, relevante Institutionen und Organisationen frühzeitig in die Bauplanung, Organisation und Konzeption mit Anregungen und Kritik einbringen. Eine seiner wichtigsten Aufgaben ist, als gut informiertes Bindeglied zwischen künftiger Klinik, ihrem Träger und dem Land als Bauherrn sowie der Standortgemeinde den Dialog mit den Bürgern zu fördern.

Wie positiv sich die Arbeit eines Planungsbeirats im frühen Ansiedlungsprozess einer forensischen Klinik auswirken kann, zeigt das Beispiel Dortmund. Hier wurde 2001 das erste Gremium dieser Art in Nordrhein-Westfalen für die geplante LWL-Klinik für Forensische Psychiatrie Dortmund (Wilfried-Rasch-Klinik) initiiert. Sie war die erste von sechs Einrichtungen im Dezentralisierungsprogramm aus dem Jahr 2000 des Landes Nordrhein-Westfalen. Bestehende Kliniken sollen demnach entlastet und Patienten in ihren Heimatregionen behandelt werden, um ihre Wiedereingliederung in die Gesellschaft zu erleichtern.

Damals stand der Maßregelvollzug unter hohem Druck. Eine Reihe von Zwischenfällen hatte in den 1990er-Jahren für Aufmerksamkeit gesorgt, und an den geplanten Standorten stießen die Entlastungspläne auf erheblichen Widerstand in der Bevölkerung. In Gesprächen zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen, der Stadt Dortmund, der Evangelischen Kirche und dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe entstand daher die Idee, einen Planungsbeirat

zu berufen, um die Ansiedlung der Klinik im Dortmunder Stadtteil Aplerbeck zu begleiten. Anfangs waren die Beratungen sehr intensiv, und nicht selten kam der Beirat zu mehr als den üblichen vier Sitzungen im Jahr zusammen. Regelmäßig nahmen Fachleute anderer Kliniken oder der Bauverwaltung des Landes teil, informierten über rechtliche und medizinische Grundlagen des Maßregelvollzugs, erörterten die äußere und innere Gestaltung der Klinik und beantworteten Fragen zur geplanten Ansiedlung. Vor allem aber fanden die Anliegen der Bevölkerung im Beirat Gehör. In Dortmund gelang es so, miteinander ins Gespräch zu kommen (siehe Interview Seite 16-18).

Der Planungsbeirat griff die Ängste und Sorgen der Bevölkerung auf, indem er sie versachlichtete – beispielsweise in der differenzierten Bearbeitung des hochsensiblen Themas Sicherheit. Dabei wurde etwa um die bauliche und technische Ausstattung der Klinik debattiert, über die Organisation von Strukturen und Arbeitsabläufen oder den Beitrag der Therapie zur Verringerung von Entweichungen und Rückfällen.

Es gilt nicht zuletzt als Verdienst des Dortmunder Planungsbeirates, dass die Klinik dort so schnell errichtet und im Jahr 2006 eröffnet werden konnte, weil er den Konflikt in einen konstruktiven Dialog überführt hat. Die Erfahrungen in Dortmund machten daraufhin Schule an allen anderen Standorten. Es entstanden Planungsbeiräte in Herne und am Übergangsort Rheine. Inzwischen sind auch für die neuen Standorte Lünen, Hörstel und Haltern am See Planungsbeiräte berufen worden.



Christof Sommer

Christof Sommer ist Bürgermeister der Stadt Lippstadt. Nach seiner Wahl im Jahr 2005 hat er den Vorsitz des Beirats beim LWL-Zentrum für Forensische Psychiatrie im Ortsteil Eickelborn übernommen.

„Wichtiger Garant für die Akzeptanz“

„Die Beiräte unterstützen die Kliniken bei ihrem Auftrag und stellen ein wichtiges Bindeglied zur Öffentlichkeit dar.“ Das gibt die Präambel zur Geschäftsordnung für die Beiräte bei den Maßregelvollzugseinrichtungen des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe vor. Beim Eickelborner Beirat geht die Arbeit noch über diesen formalen Auftrag hinaus. Durch die Sorge um und das Mitwirken an Transparenz und Kommunikation ist er ein wichtiger Garant für die Akzeptanz bei den Bürgern und für die Arbeitsfähigkeit der Klinik. Wie kein Zweiter hat er die Vorstellungen von Bürgerbeteiligung im Maßregelvollzug beeinflusst.

Dafür gibt es zwei Gründe: Zum einen ist das LWL-Zentrum eine der größten forensischen Kliniken Deutschlands. Der Ortsteil Eickelborn ist seit mehr als 100 Jahren durch die psychiatrischen Einrichtungen des LWL und seines Rechtsvorgängers, des

Provinzialverbandes, bestimmt. Viele Bewohner sind, teilweise generationsübergreifend, Mitarbeiter der Kliniken. Zum anderen ist Lippstadt bundesweit bekannt geworden durch die schrecklichen Morde an Bewohnern, insbesondere Kindern, durch Forensikpatienten in den 1990er-Jahren. Durch die dadurch entstandenen Diskussionen um den Maßregelvollzug und die Aktivitäten der Bürgerinitiative wurden die Gesetzgebung, Etablierung und Rolle der Beiräte an forensischen Kliniken sowie die Öffentlichkeitsarbeit der Einrichtungen neu ausgerichtet und geprägt.

Vor diesem besonderen Hintergrund ist es gelungen, in enger Zusammenarbeit zwischen dem LWL als Träger, einer engagierten Klinikleitung sowie dem Beirat eine enge und offene Kommunikation zu pflegen.

Kay Hofheinz

Kay Hofheinz ist Fachanwalt für Strafrecht in Marsberg. Von 2005 bis 2014 war er Vorsitzender des Klinikbeirates des LWL-Therapiezentrum für Forensische Psychiatrie Marsberg. Bis heute ist er reguläres Mitglied dieses Gremiums.



„Beiräte leisten unverzichtbaren Beitrag“

Ein Ziel des Maßregelvollzuges ist, einen nicht oder vermindert schuldfähigen Straftäter nicht zu bestrafen, um das begangene Unrecht auszugleichen, sondern ihn zum Schutz der Gesellschaft von weiteren Straftaten abzuhalten. Zum einen geht es darum, die Bevölkerung zu schützen, indem das Gefährdungspotenzial eines Patienten durch Therapie und gesicherte Unterbringung verringert wird. Zum anderen soll der Patient langfristig zu einem straffreien, möglichst eigenständigen Leben innerhalb der Gesellschaft befähigt werden.

Die Maßregelvollzugseinrichtungen des LWL setzen dieses gesellschaftspolitische Ziel mit hohem Kosten- und Personalaufwand zu einem unerwartet hohen Prozentsatz um. Fachkompetente Mitarbeiter der Maßregelvollzugskliniken benötigen ein intaktes Umfeld, um ihren Aufgaben gerecht zu werden. Hierzu leisten die Beiräte einen unverzichtbaren Beitrag,

da sie in einem direkten Näheverhältnis eben diejenigen Teile der Bevölkerung repräsentieren, zu deren Schutz die Maßregel durchgeführt wird. Über die Mitglieder der Beiräte können Meinungsbildung und besondere Belange der jeweiligen Bevölkerungsgruppen über die Klinikleitung in den Organisationsablauf der Einrichtung einfließen.

Dieses Näheverhältnis – repräsentiert durch die Mitglieder der Beiräte – sorgt nicht nur für eine höhere Akzeptanz der Maßregelvollzugseinrichtung, sondern ist ein wesentlicher Baustein auf dem Weg die Gesellschaft vor Straftaten zu schützen und den Straftäter selbst vor der Begehung weiterer Straftaten.



Friedrich Stiller

Friedrich Stiller ist Pfarrer für Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Dortmund und Lünen. Von 2006 bis 2014 war er Vorsitzender des Beirates der Wilfried-Rasch-Klinik in Dortmund. 2001 bis 2006 leitete er auch den örtlichen Planungsbeirat. Es war das erste Gremium dieser Art in Nordrhein-Westfalen.

„Ein Ort der kritischen Diskussion“

Pfarrer Stiller, wann ist die Arbeit eines Klinikbeirats in Ihren Augen erfolgreich?
Erfolg misst sich im Beirat an zwei Dingen: Zum einen an einem störungsfreien Klinikbetrieb, für den der Träger die Verantwortung hat, zum anderen an einer guten Kommunikation zwischen Klinik und Öffentlichkeit. Gerade im Störungsfall wird das sehr wichtig.

Wovon hängen solche Erfolge ab?
Zunächst einmal müssen die Klinikgegner und diejenigen, die eine akzeptierende Haltung einnehmen, miteinander ins Gespräch kommen. Da hat der Planungsbeirat eine moderierende Funktion. Die lokalen Akteure müssen aber auch Grundinteressen des Standorts formulieren und diese gemeinsam gegenüber dem Träger und dem Land vertreten. Nach Eröffnung der Klinik hat der Beirat eine doppelte Aufgabe: Innerhalb der Klinik muss er die Sichtweise der Menschen draußen vertreten, in der Öffentlichkeit auf die Sichtweise des Trägers hinweisen, damit die Menschen sie wenigstens wahrnehmen. Der Beirat ist nicht

der verlängerte Arm des Trägers, sondern eben ein Ort der kritischen Diskussion und der regionalen Mitwirkung.

Was hat der Dortmunder Beirat in der Planungsphase bewirkt?

Drei Dinge sind im Nachhinein zentral gewesen: Zum einen hat der intensive Einsatz des Beirats dazu geführt, dass Land und Träger sich der großen Bedeutung intensiver Öffentlichkeitsarbeit am Standort bewusst geworden sind. Zum Zweiten konnten wir den LWL überzeugen, dass die Dortmunder Klinik eine selbstständige organisatorische Einheit und keine Dependance wird – es wäre den Dortmundern nicht zu vermitteln gewesen, wenn eine Klinikleitung in Eickelborn hier über therapeutische Fragen entschieden hätte. Und zum Dritten hat das Land trotz finanzieller Bedenken auf unseren Vorschlag hin den Freiganghof vergrößert. Im Beirat fürchteten wir nämlich, dass ein kleinerer Hof den Entweichungsdruck erhöht.

Wo sind Sie auch an Grenzen gestoßen?

Am schwierigsten war die Phase, als das Land seine anfangs gemachten Zusagen nicht eingehalten hat. Uns war versprochen worden, dass die angekündigte Platzzahl niemals infrage gestellt würde. Nach einem Regierungswechsel kam dann allerdings eine Aufstockung von 54 auf 62 Plätze. Dabei waren nicht die acht Plätze mehr unser Problem, sondern der Wortbruch. Da wurde viel Vertrauen in die Politik verspielt.

Was bedeutet das für die Rolle der Beiräte im politischen Gefüge?

Natürlich kann ein Beirat nichts entscheiden. Er ist lediglich ein Beratungsgremium. Insbesondere in der Planungsphase müsste die Rolle des Beirates aber gestärkt werden. Man könnte zum Beispiel Planungsbeiräte in Gesetz und Geschäftsordnung verankern und Beteiligungs- und Anhörungsrechte festschreiben. Wenn das Land Dezentralisierung wünscht, muss die Bürgerbeteiligung damit untrennbar verbunden sein. Nur dann lässt sich die gesellschaftliche Akzeptanz verbessern. Generell sollten für das Land und die Träger die Planungsbeiräte nicht nur eine Pflichtübung sein.

Wie hat sich die Arbeit des Beirats nach Eröffnung der Klinik verändert?

Im Klinikalltag setzt sich der Beirat mit der Normalität des laufenden Betriebs auseinander. Aber die ist auch trügerisch, denn sie kann von einem Tag auf den anderen beendet sein. Krisen und Störungen gehören zu dieser Normalität dazu. Zuerst muss der Träger das seinen Mitarbeitern verdeutlichen. Es kann aber auch ein wichtiger Beitrag des Beirats sein, auf die Bevölkerung in Krisensituationen einzuwirken – nicht indem man Ängste schürt, sondern indem man Dialog und Kommunikation unterstützt. Wir haben das hier in Dortmund

zum Beispiel 2013 nach zwei Entweichungen in kurzer Zeit getan. Die Beiräte haben da eine Glaubwürdigkeit einzubringen, die dem Träger in der Krise eventuell abgesprochen wird.

Was kann ein Beirat noch zum laufenden Klinikbetrieb beitragen?

Ich glaube, das größte Kunststück der Klinikmitarbeiter ist es, die professionelle Distanz zu den Patienten zu wahren. Für eine erfolgreiche Therapie müssen sie sich in den Menschen hineindenken, ohne die krankheitsbedingten Risiken aus dem Blick zu verlieren. Genauso muss der Beirat zur Klinik insgesamt Abstand halten. Er muss den Klinikbetrieb verstehen lernen und gleichzeitig immer wieder darauf hinweisen, dass für Außenstehende auch nach Jahren noch vieles schwer nachvollziehbar ist. Das Motto lautet: drinnen Draußen und draußen Drinnen sein. Normalität im Klinikalltag darf nicht zur Gewohnheit führen. Vielmehr muss die Klinik regelmäßig proaktiv auf die Bevölkerung zugehen und den Dialog anbieten. Daran muss der Beirat regelmäßig erinnern.

Wie können Beiratsmitglieder die Spannung zwischen Akzeptanz und Kritik aushalten?

Forensikkritiker müssen einen weiten Weg zurücklegen. Ohne eine Grundakzeptanz wird niemand dauerhaft in einem solchen Beirat mitarbeiten können. So steht es ja auch in der Geschäftsordnung. Aber es gibt eben zum Maßregelvollzug gar keine Alternative in einer humanen Gesellschaft. Forensische Psychiatrie ist ein eigenes System für psychisch kranke Rechtsbrecher. Solche Einrichtungen sind Ausweis einer reifen Demokratie und entsprechen auch dem christlichen Menschenbild. Sie schützen die Opfer vor den Tätern, geben aber auch den Tätern eine Chance auf Entwicklung und Veränderung, soweit das durch Therapie



In der Planungsphase können Beiratsmitglieder die bauliche Gestaltung einer Klinik, wie hier in Dortmund, beeinflussen

möglich ist. Wer das anerkennt, kann trotzdem wach und aufmerksam Klinik und Träger begleiten, gerade um der Menschen willen.

Wie hat sich Ihre persönliche Haltung zum Maßregelvollzug durch die Mitarbeit im Beirat verändert?

Am Anfang konnte ich Forensik nicht mal buchstabieren. Den Maßregelvollzug kannte ich nicht. Mir ist aber nach und nach klar geworden, dass die Patienten neue Lebens-

perspektiven in den Kliniken erhalten. Auch der hohe persönliche Einsatz des Personals nötigt mir bis heute Respekt ab – gerade weil es eben auch Straftäter sind. Und es gibt noch einen Aspekt, der mir als Christ wichtig ist: Durch die Situation dieser Menschen werden wir auch an unsere eigenen Grenzen erinnert. Auch mir oder einem Angehörigen könnte so etwas passieren. Und wenn es nicht passiert ist, ist das nicht unser Verdienst. Diese Einsicht kann dankbar machen.

Landschaftsverband Westfalen-Lippe
LWL-Maßregelvollzugsabteilung Westfalen
Landesrat Tilmann Hollweg
Hörsterplatz 2
48133 Münster
Telefon: 0251/591-232
Fax: 0251/591-6512
E-Mail: massregelvollzug@lwl.org
Internet: www.lwl.org

Redaktion: Ingo Salmen, Bianca Hannig,
Karl G. Donath
Koordination: Bianca Hannig
Gestaltung: CAT, LWL-ZFP
Fotos: Anja Cord, Stephan Wieland, Petra Schulte-
Fischedick, Thomas Kleiner, Thorsten Arendt,
Ingo Salmen, Bianca Hannig
Druck: MKL, Ostbevern

© LWL 2015

